

Prognose 1977: Weiterer Aufschwung nicht in Sicht

Der internationale Konjunkturaufschwung ist ins Stocken geraten. Ein Anspringen der Investitionskonjunktur ist derzeit weniger wahrscheinlich als noch im Frühjahr. Österreich kann sich den Effekten dieser Konjunkturflaute nicht entziehen: Einerseits läßt die Auslandsnachfrage spürbar nach, andererseits zwingt die Entwicklung der Leistungsbilanz zu einer Dämpfung der heimischen Nachfrage. Im Herbst wird jedoch die Konsumnachfrage zweifellos noch sehr rege sein. Das Institut erwartet für 1977 mit +4% ein etwas geringeres Wachstum des Sozialproduktes als bisher angenommen wurde. Die Arbeitsmarkt- und die Preisprognose bleiben unverändert.

Die Prognose für 1978 geht davon aus, daß die Auslandskonjunktur zwar wieder mäßig in Gang kommt, aber in Österreich als Folge von zahlungs-bilanzorientierten, die privaten Einkommen dämpfenden Maßnahmen nur mit einer sehr geringen Expansion zu rechnen ist. Scheint für die europäischen OECD-Länder im Durchschnitt ein Wachstum von 2% bis 2½% erreichbar, so dürfte es in Österreich unter den getroffenen Annahmen vielleicht nur 1½% erreichen.

Das Institut versuchte die naturgemäß großen Unsicherheitsspielräume dieser Prognose wie schon bisher durch Benützung verschiedener Methoden (ökonomisches Modell, vorausschauende volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Box-Jenkins-Modelle) zu verringern. Dennoch sei betont, daß trotz Quantifizierung der einzelnen Tendenzen die Genauigkeit der Daten nicht überschätzt werden sollte.

Die internationale wirtschaftliche Lage

Die Erholung der Wirtschaft der Industrieländer von den Folgen der Rezession verläuft weiterhin unbefriedigend. In den Vereinigten Staaten, wo im Winter und Frühjahr noch ein zügiger Aufschwung im Gange war, hat sich die Dynamik abgeschwächt, und die vorausschauenden Indikatoren verheißen keine weitere Belebung. Für Österreich ist besonders bedeutsam, daß sich die Hoffnungen auf ein Wiedereinsetzen konjunktureller Auftriebskräfte in der Bundesrepublik Deutschland bisher nicht erfüllt haben, ja daß jetzt sogar geringere Aussichten darauf bestehen. Der bisherige Aufschwung reichte dort nicht aus, die Investitionsneigung der Unternehmungen zu beleben und damit Multiplikatoren der Inlandsnachfrage in Gang zu setzen. Die meisten übrigen Länder

Westeuropas kämpfen mit erheblichen außen- und binnenwirtschaftlichen Ungleichgewichten und sind kaum in der Lage, expansive Konjunkturpolitik zu betreiben. Einige (besonders Frankreich und Großbritannien) müssen dabei sogar in Kauf nehmen, daß die Arbeitslosigkeit beängstigend rasch ansteigt, ohne daß sich die Inflationsraten bisher nennenswert beruhigt hätten.

Erklärungen für die enttäuschende Erfahrung, daß nach der schweren Rezession kein anhaltender Aufschwung die normale Auslastung der Kapazitäten und die Vollbeschäftigung wiederhergestellt hat, sondern daß die zyklischen Auftriebskräfte schon weit vor Erreichen dieses Zieles wieder erlahmen, zeichnen sich gegenwärtig nur in Umrissen ab. Die vorhandenen Hypothesen sind noch so verschwommen, daß auch die Prognose der weiteren konjunkturellen Entwicklung sehr erschwert ist. Eine wesentliche Rolle dürften zweifellos die Zahlungsbilanzprobleme spielen. Die westliche Welt hat seit der Ölverteuerung ein permanentes Leistungsbilanzdefizit gegenüber den ölexportierenden Ländern, das ihre interne Nachfrage schmälert. Verschärft wird diese Situation dadurch, daß auch innerhalb der Industrieländer verhältnismäßig große Zahlungsbilanzsalden auftreten. So konnte insbesondere die Bundesrepublik Deutschland trotz laufender Höherbewertung ihrer Währung ihre hohen Zahlungsbilanzüberschüsse bisher nur ungenügend verringern. Länder, die mit Deutschland in engem wirtschaftlichem Kontakt stehen, haben daher derzeit zumeist ganz erhebliche Passiva.

Dies hat sicherlich mit dem mangelnden Gleichschritt beim Anstreben der wichtigsten wirtschaftspolitischen Ziele zu tun. Die nachhaltige Dämpfung der Inlandsnachfrage in Deutschland mit dem Ziel, die Inflationsrate und die Defizite der öffentlichen Haushalte rasch auf ein mäßiges Niveau zu drücken, bringt bei einer Wirtschaftsgrößmacht mit strukturellen Überschüssen in der Leistungsbilanz unvermeidlich Probleme für jene Partner, die dieser Politik nicht folgen können oder nicht folgen wollen. Die in Deutschland gehegte Hoffnung, daß durch eine an mittelfristigen Leitlinien orientierte Geld- und Fiskalpolitik und die damit erreichte Stabilisierung des Preis- und Lohnniveaus von selbst wieder ein angemessenes Investitionsniveau erreicht werden könne, hat sich mittlerweile als trügerisch erwiesen und mußte jüngst de facto aufgegeben werden. War zu Jahresbeginn noch mit einem realen Wachstum des

Sozialproduktes der Bundesrepublik Deutschland um rund 5% zu rechnen, so mußte diese Prognose mittlerweile auf wenig mehr als 3% reduziert werden. Unter dem Eindruck steigender Arbeitslosenzahlen sah sich die deutsche Bundesregierung nun veranlaßt, neuerlich expansive fiskalpolitische Maßnahmen in Aussicht zu stellen, die allerdings erst 1978 wesentliche Effekte auslösen dürften. Auch die Deutsche Bundesbank gab im Sommer ihre Politik einer vorsichtigen Liquiditätsversorgung auf, wobei auch das Zinsniveau weiter gesenkt wurde.

Die „Geleitzughypothese“ ist sicherlich nur ein Schlüssel zur Erklärung der konjunkturpolitischen Probleme. Weitreichende weltwirtschaftliche Umstrukturierungen — etwa die Wahl von Entwicklungsländern als Standort für neue Investitionen oder die relative Verbilligung des Dollar — sowie eine möglicherweise spürbare technologische Schwelle bringen wahrscheinlich zusätzliche Wachstums- und Beschäftigungsprobleme in den Industrieländern vor allem Westeuropas. In dieser Situation sind die Orientierungslosigkeit der Strukturpolitik in vielen Ländern und die Mängel ihres Instrumentariums eine schlechte Basis für eine befriedigendere Verwirklichung des wirtschaftspolitischen Zielbündels. Konjunkturell bedeutet das, daß bei nicht sehr ausgeprägtem mittelfristigem Aufwärtstrend die zyklischen Schwankungen hauptsächlich durch allerdings gedämpfte Lagerbewegungen und die Effekte allfälliger expansiver oder restriktiver wirtschaftspolitischer Maßnahmen erzeugt werden. Die Konjunktur schwingt mit gedämpfter Amplitude um einen nennenswert langsameren Trend als bis 1974. Da keine großen Lager- und Investitionswellen auftreten, ist auch die Gefahr kumulativer Konjunktüreintrübe geringer.

Das Institut verfügt gegenwärtig nur über einige wenige aktuelle Prognosen der internationalen Entwicklung bis einschließlich 1978. Die OECD hat zuletzt im Juli ihre Prognosen für das 1. Halbjahr 1978 veröffentlicht. Keiner dieser Ausblicke nimmt für die Industrieländer im kommenden Jahr eine Rezession im Sinne von realer Verringerung des Sozialproduktes an. Wohl aber wird erwartet, daß auch 1978 das Wachstum nicht ausreichen wird, um eine Steigerung der Kapazitätsauslastung herbeizuführen und die Arbeitslosigkeit abzubauen. Dies könnte vermuten lassen, daß sich schon bald nach der deutschen auch einige andere Regierungen veranlaßt sehen könnten, zumindest die notwendigsten Maßnahmen zu treffen, um eine weitere Verschlechterung der Beschäftigungslage zu verhindern. Insgesamt wird man daher annehmen dürfen, daß die durchschnittliche Wachstumsrate in Westeuropa 1978 nicht wesentlich unter der für heuer zu erwartenden

liegen wird: Wir erwarten für die westeuropäischen OECD-Länder für 1977 ein reales Wachstum von 2½%, für 1978 von 2% bis 2½%. Für die OECD insgesamt kann 1977 mit 3½%, 1978 etwa mit 3% Wachstum gerechnet werden. Das Wachstum der österreichischen Außenhandelsmärkte (reale Importe der Handelspartner gewogen mit österreichischen Exportanteilen) ist für 1977 mit 4%, für 1978 mit 3½% bis 4% anzunehmen. Dabei muß auch beachtet werden, daß sich nach Berichten der Handelsdelegierten für 1978 keine kräftige Ausweitung der Einfuhren der osteuropäischen Länder, des Nahen Ostens oder der Entwicklungsländer abzeichnet.

Die konjunkturelle Lage in Österreich

Die konjunkturelle Entwicklung in Österreich ist bisher befriedigender verlaufen als in den meisten Industrieländern. 1977 konnte das Beschäftigungsniveau wesentlich gesteigert und die Arbeitslosenquote weiter verringert werden. Die Expansion der Inlandsnachfrage reichte auch bei rasch steigenden Importquoten aus, um der inländischen Produktion kräftige Impulse zu geben. Trotzdem konnte die Inflationsrate nicht unwesentlich gesenkt werden.

Entwicklung volkswirtschaftlicher Globalgrößen

	1976	1977	1978
	Reale Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Nachfrage			
Privater Konsum	+ 4,0	+ 6½	+ 2
Öffentlicher Konsum	+ 2,5	+ 2	+ 2
Brutto-Investitionen	+ 5,7	+ 6½	+ 1½
Lagerbildung, Mrd. S, Preise 1964	(+13,6)	(+15,7)	(+10,1)
Inlandsnachfrage	+ 7,6	+ 6	+ ½
Exporte i. w. S.	+11,3	+ 3	+ 2½
Importe i. w. S.	+17,9	+ 9	+ 0
Produktion			
Industrie	+ 8,9	+ 4½	+ 1
Gewerbe	+ 5,0	+ 4	+ 2
Bauwirtschaft	+ 2,0	+ 5	+ 3
Elektrizitäts-, Gas-, Wasserwirtschaft	- 1,3	+10	± 0
Verkehr	+ 6,8	+ 3	+ 2
Handel	+ 6,7	+ 6	+ 2
Öffentlicher Dienst	+ 2,5	+ 2	+ 2
Sonstige Dienstleistungen	+ 2,0	+ 2	+ 2
Brutto-Nationalprodukt			
ohne Land- und Forstwirtschaft	+ 5,4	+ 4½	+ 1½
Land- und Forstwirtschaft	+ 2,8	- 2	± 0
Brutto-Nationalprodukt	+ 5,2	+ 4	+ 1½

Der private Konsum hat sich seit Jahresbeginn fühlbar belebt. Die Beschleunigung wird durch eine leicht höhere Wachstumsrate der realen verfügbaren Nettoeinkommen als 1976, vor allem aber durch eine kräftige Reduktion der Sparquote der privaten Haushalte auf Grund von Guthabenaufösungen und hoher Kreditbereitschaft, alimentiert.

Die Investitionstätigkeit war auch nach dem Jahresendboom 1976 im Frühjahr noch recht reger. Insbesondere belebte sich die Nachfrage nach Bauleistungen erstmals seit 1973 wieder etwas kräftiger. Die Ausrüstungsinvestitionen vor allem der Industrie dürften nicht ganz das geplante Niveau erreicht haben und in jüngster Zeit sind Anzeichen eines Auslaufens der Investitionswelle zu beobachten (sieht man von Fahrzeugkäufen vor dem Ende bzw. der Reduktion der Sonderabschreibungsmöglichkeit Anfang August 1977 ab).

Nach den (sehr schwach gesicherten) Ergebnissen der vierteljährlichen Volkseinkommensrechnung hat der volkswirtschaftliche Lageraufbau sich im Frühjahr noch verstärkt. Dazu dürften sowohl die Einlagerung von Rohstoffen als auch das Entstehen von Fertigwarenlagern in Zweigen mit schlechter Auftragslage beigetragen haben. Der Lageraufbau im Handel hat nachgelassen.

Enttäuschend verlief die Entwicklung des Außenhandels. Die internationale Nachfrageflaute hat zu einer rascheren Reduktion der Exportzuwächse geführt als bisher angenommen wurde. Nominell lagen die Ausfuhren im I. Quartal noch um 14%, im II. Quartal jedoch nur noch um 8% und im Juli um 4½% über dem Vorjahrswert. Es scheint, daß Österreich in den letzten Monaten auch Marktanteile auf den Auslandsmärkten verloren hat. Dazu kam, daß der Sommerreiseverkehr abermals geringer war als im Vorjahr.

**Entwicklung des Außenbeitrages
(Nominell)**

	1976	1977	1978
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Warenexporte ¹⁾	+16.3	+ 8½	+ 6
einschließlich Korrekturposten ²⁾	+14.2	+ 8½	+ 6
Reiseverkehr ²⁾	+ 6.6	+ 4	+ 5
Sonstige Dienstleistungen	+22.3	+10½	+ 9½
Exporte i. w. S.	+13.9	+ 8	+ 6½
real	+11.3	+ 3	+ 2½
Warenimporte ¹⁾	+26.1	+14½	+ 2
einschließlich Korrekturposten ²⁾	+22.8	+14	+ 2
Reiseverkehr ²⁾	+14.1	+16	+12
Sonstige Dienstleistungen	+19.6	+12	+11
Importe i. w. S.	+21.3	+14	+ 4½
real	+17.9	+ 9	+ 0

¹⁾ Laut Außenhandelsstatistik. — ²⁾ Laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung. —
²⁾ Schillingnoten- und -verkäufe im Ausland sowie Gastarbeitertransfers (Ein- und Ausgänge) berücksichtigt.

Auf der anderen Seite haben sich die Zuwächse der Importe weit weniger rasch reduziert. Dazu trug die hohe Konsumneigung und ihre Konzentration auf vorwiegend aus dem Ausland eingeführte dauerhafte Konsumgüter und Fahrzeuge wesentlich bei. Als Folge davon traten hohe und wachsende Defizite in der Handelsbilanz auf.

Die Arbeitsmarktlage in Österreich war bis zuletzt sehr befriedigend. Im August wurden um 51.000 Beschäftigte mehr als vor einem Jahr gezählt. Allerdings hat sich die Dynamik der Entwicklung seit dem Frühjahr stark abgeschwächt. Saisonbereinigt sind im Sommer keine Beschäftigungszuwächse mehr zu verzeichnen gewesen. Als Folge der Konjunkturabschwächung und starker Schulabgängerzahlen treten in einzelnen Berufen, Altersgruppen und Regionen deutliche Angebotsüberschüsse auf. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote ist seit Juni wieder leicht angestiegen.

Die jüngste konjunkturelle Entwicklung spiegelt sich vielleicht am besten in den vierteljährlichen saisonbereinigten Zuwachsraten der Nachfragekomponenten.

Entwicklung der konjunkturellen Nachfragekomponenten

	Privater Konsum	Ausrüstungsinvestitionen	Bau-	Export	Import i. w. S.	BNP
	Veränderung gegen Vorquartal in % saisonbereinigt					
1976, I. Qu.	+0.3	+ 0.6	-1.0	+4.4	+6.5	+1.1
II. Qu.	+1.7	+ 6.8	+0.9	+4.4	+5.8	+1.8
III. Qu.	+1.2	+ 0.6	+2.6	-3.8	+2.6	+1.6
IV. Qu.	+1.3	+13.1	+0.1	+5.8	+5.0	+1.4
1977, I. Qu.	+1.2	- 7.8	+0.0	+1.6	-0.4	+0.7
II. Qu.	+2.1	+ 1.7	+2.8	-3.0	+0.2	+0.4

Das saisonbereinigte Wachstum des Brutto-Nationalproduktes hat sich seit dem Frühjahr 1976 laufend verringert und entspricht gegenwärtig nur mehr einer Jahreszuwachsrate von etwa 2%.

Maßnahmen der Wirtschaftspolitik

Die seit dem Ende der Rezession zu beobachtende Passivierungstendenz der Handelsbilanz und die Stagnation der Überschüsse aus der Dienstleistungsbilanz machten eine Umorientierung der wirtschaftspolitischen Strategien in Österreich nötig. Bereits seit Jahresbeginn versucht die Nationalbank durch dosierte Geldversorgung der heimischen Nachfrage Zügel anzulegen. Die Maßnahmen wurden im Juni durch eine Kreditleitlinie (Limes II) und eine Erhöhung des Zinsniveaus ergänzt. Die Konsolidierung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichtes ist jedoch kaum ohne finanzpolitische Maßnahmen möglich, steht ja der inländische Nachfrageüberschuß in direktem saldenmechanischem Zusammenhang mit dem hohen Defizit des Bundeshaushaltes.

Die Bundesregierung hat jüngst Maßnahmen beschlossen, die gleichzeitig das Budgetdefizit und die passive Leistungsbilanz günstig beeinflussen sollen. Bis zum Zeitpunkt der Prognose waren diese Maßnahmen nicht im einzelnen bekannt.

gegeben worden. Aus verschiedenen Äußerungen maßgeblicher Politiker ließen sich immerhin Hinweise auf Richtung und Größenordnung gewinnen.

Das Institut¹⁾ nimmt in seiner Prognose u. a. an, daß etwa mit Jahresbeginn ein dritter Mehrwertsteuersatz von 30% in Kraft tritt, der vorwiegend Güter des gehobenen Bedarfes und damit vielleicht 5% des gesamten privaten Verbrauches erfassen wird²⁾. Darüber hinaus wird angenommen, daß außer der Kürzung der Sonderabschreibung für Kombi-Fahrzeuge und Lastkraftwagen auch eine Einschränkung der Abschreibungsmöglichkeiten für Personenkraftwagen in Kraft tritt. Weiters dürften steuerliche Beschränkungen für die Bildung von sozialpolitisch motivierten Rücklagen verfügt werden, die die Innenfinanzierung der Unternehmungen zumindest vorübergehend schmälern könnten. Schließlich wird mit einer Erhöhung der Sozialabgaben infolge verminderter Zuschüsse des Bundes zur Sozialversicherung im Ausmaß von rund 4 Mrd. S gerechnet. Im kommenden Jahr tritt eine Reduktion der Sonderabschreibungsmöglichkeit für bauliche Investitionen in Kraft. Einige andere derzeit diskutierte Maßnahmen scheinen von geringerem Einfluß auf die Konjunkturprognose.

Die wahrscheinlich schwerwiegendsten Auswirkungen auf die konjunkturelle Entwicklung werden jedoch nicht von der Steuerpolitik, sondern von der Einkommenspolitik ausgehen. Es scheint, daß auch in Gewerkschaftskreisen Verständnis dafür vorliegt, daß die Lohnrunde im kommenden Jahr, wenn überhaupt, dann sehr geringfügige Realeinkommenszuwächse bringen kann. Wir nehmen an, daß der Großteil der Kollektivvertragsabschlüsse etwa im April oder Mai 1978 in Kraft tritt und daß real und nach Berücksichtigung der Lohnsteuerprogression sowie etwaiger Beitragserhöhungen zur Sozialversicherung im Durchschnitt kein Realeinkommenszuwachs zu erwarten ist. Es wird weiters angenommen, daß die Lohnpolitik eine symmetrische Ergänzung bei der Preispolitik erfahren könnte. In der Prognose ist zu berücksichtigen, daß für bestimmte Gruppen der unselbständig Erwerbstätigen (z. B. Beamte) bereits Gehaltsvereinbarungen getroffen wurden, die etwas über diesen Annahmen liegen.

¹⁾ Die Spezifizierung dieser Annahmen ist selbstverständlich weder als Empfehlung noch als Bewertung des Maßnahmenpakets zu deuten.

²⁾ Das Bekanntwerden der Mehrwertsteuererhöhung wird voraussichtlich eine Kaufwelle noch vor der Jahreswende auslösen, die durch die ungefähr gleichzeitig freiwerdenden Bausparguthaben, Versicherungsverträge und Prämien-sparbücher verstärkt werden wird. Die Vorziehung von Käufen, die eigentlich für 1978 geplant waren, wird vom Institut in Ermangelung einer verbindlichen Produktliste im Augenblick mit 5 Mrd. S angenommen.

Zu den Annahmen zählt auch, daß die gerade skizzierten wirtschaftspolitischen Maßnahmen eine Paritätsänderung des Schilling vermeiden lassen.

Revision der Prognose für 1977

Die geschilderten konjunkturellen Tendenzen und die Annahmen über den Zeitpunkt und das Ausmaß der finanzpolitischen Maßnahmen erfordern einige Korrekturen an den Prognosewerten für 1977.

Am stärksten fällt ins Gewicht, daß infolge der in jüngster Zeit zu beobachtenden höheren Konsumneigung und verstärkt durch die geschilderten Vorziehkäufe der private Konsum in diesem Jahr voraussichtlich mit der außerordentlich hohen Jahreszuwachsrate von 6 1/2% expandieren wird (bisher waren 5% erwartet worden). Finanziert wird dieser Konsumzuwachs aus einem etwas höheren Pro-Kopf-Einkommenszuwachs der Unselbständigen als bisher angenommen (um 1/2% auf 8 3/4%). Darin kommt eine starke Expansion von betrieblichen Sonderzahlungen und Überstundenentgelten zum Ausdruck. Darüber hinaus ist aber entscheidend, daß die Sparquote heuer drastisch reduziert wird. Nach unseren Schätzungen wird sie sich nur noch auf 11 7% der verfügbaren persönlichen Einkommen belaufen, gegen 13 5% im vergangenen Jahr.

Die *Investitionsprognose* muß etwas zurückgenommen werden (von +7 1/2% auf +6 1/2%). Die Verschlechterung der inländischen Auftragseingänge für die Investitionsgüterindustrien im Sommer sowie eine nachlassende Kreditnachfrage nach Industriefinanzierungen deuten auf ein Auslaufen der Investitionskonjunktur hin. Gestützt wird diese Vermutung durch die pessimistischere Einschätzung der Wirtschaftslage durch die Unternehmer, wie sie im Konjunkturtest vom August zum Ausdruck kommt, und durch die vorsichtigeren Arbeitsmarktdispositionen.

Hingegen kann damit gerechnet werden, daß die baulichen Investitionen heuer um 5% und nicht wie bisher angenommen um 4% wachsen werden.

Am kräftigsten reduziert muß die Prognose der *Ausfuhren* (real +4% statt +8%) und der Reiseverkehrseinnahmen (real -3% statt +3%) werden. Die jüngsten Tendenzen deuten darauf hin, daß die Ausfuhr um die Jahreswende real nicht mehr höher sein wird als ein Jahr zuvor. Bei den Ausländer-nächtigungen wird für das Kalenderjahr 1977 gleichfalls mit einer Stagnation gerechnet. Der reale Aufwand je Nächtigung wird überdies um 2% bis 3% zurückgehen.

Relativ wenig korrigiert muß die Prognose der *Ein-fuhr* werden. Die geringere konjunkturelle Dynamik

im Inland und die Effekte der Vorziehkäufe saldieren sich weitgehend. Das reale Wachstum der Importe von Waren und Dienstleistungen wird nun mit 9% (bisher 8½%) veranschlagt.

Aus diesen Prognosen würde ein Handelsbilanzdefizit für 1977 resultieren, das in der Definition der Außenhandelsstatistik rund 71 Mrd. S (gemäß Zahlungsbilanz rund 68 Mrd. S) erreichen dürfte. Der Überschuß der Dienstleistungsbilanz ist mit 23 Mrd. S anzusetzen. Die statistische Differenz der Zahlungsbilanz, die außerordentlich hoch geworden ist, wird nun mit +12 Mrd. S erwartet. Daraus läßt sich ein bereinigtes Leistungsbilanzdefizit von 34 Mrd. S und nach einer vorsichtigen Schätzung der nichtmonetären Netto-Kapitalimporte eine Abnahme der Währungsreserven um etwa 22 Mrd. S errechnen.

Die Korrekturen der *Arbeitsmarkt-* und der *Preis-*prognose für 1977 halten sich in sehr engen Grenzen. Nach wie vor erwartet das Institut im Jahresdurchschnitt einen Beschäftigungszuwachs um 2% und eine Inflationsrate der Verbraucherpreise von 5¾%.

Die oben erläuterten Prognosen für die Nachfragekomponenten lassen im laufenden Jahr ein reales Wachstum des Brutto-Nationalproduktes von 4% für erreichbar erscheinen. Nominell wird das Wachstum annähernd 10% erreichen. (Bisherige Prognose real +4½%, nominell +10½%.)

Ausblick auf 1978

Die geschilderten Hypothesen über die internationale Konjunktur und über die in Österreich zu erwartende Wirtschaftspolitik sowie die Analyse der autonomen konjunkturellen Kräfte gestatten einen ersten Ausblick auf die wirtschaftliche Entwicklung Österreichs im kommenden Jahr. Es muß nicht ausführlich erläutert werden, daß bei der unruhigen wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre und der Brisanz der wirtschaftspolitischen Probleme sehr erhebliche Unsicherheitspielräume bei solchen Quantifizierungsversuchen berücksichtigt werden müssen. Die Prognose erfüllt ihren Zweck, wenn sie wesentliche Züge der zu erwartenden wirtschaftlichen Veränderungen enthüllt.

Ausländische Nachfrage

Neben den bereits erörterten Schätzungen des Wachstums unserer Auslandsmärkte müssen Anhaltspunkte der Marktanteilsentwicklung gewonnen werden. Hier scheint uns ins Gewicht zu fallen, daß sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Waren im Laufe des Jahres 1977 verschlechtert hat. Der gewogene Wechselkurs des

Schillings, der gemäß dem IMF-Schema auch Drittlandeffekte berücksichtigt, war Mitte 1977 um rund 10% höher als ein Jahr zuvor. Die relativ geringeren Inflationsraten in Österreich verringern diesen Abstand zu unseren Konkurrenten nicht unbeträchtlich. Trotzdem muß erwartet werden, daß Österreich im Jahresdurchschnitt 1978 seine bisherigen Marktanteile nicht ganz halten kann. Das Institut schätzt die mögliche reale Ausweitung der Ausfuhren auf 3%. Dieser Wert impliziert bereits, daß im Laufe des Jahres 1978 neuerlich eine mäßige Belebung der Konjunktur in einigen für Österreich wichtigen Partnerländern (vor allem in Deutschland) einsetzt.

Bei mäßigem Wachstum der touristischen Nachfrage in Westeuropa dürften wegen der immer noch wirkenden relativen Verteuerung Österreichs Marktanteilsverluste besonders im Sommerreiseverkehr kaum zu vermeiden sein. Bei stagnierenden oder leicht steigenden Nächtigungsziffern werden die Einnahmen real voraussichtlich nicht höher sein als 1977.

Einkommen, Sparen und privater Konsum

Die Prognose geht von den geschilderten Annahmen über die Lohn- und Preispolitik aus. Im Jahresdurchschnitt ist nicht eine Stagnation, sondern ein leichter Zuwachs der Realeinkommen zu erwarten, weil die höheren Lohnsteigerungen aus 1977 in den ersten Monaten des kommenden Jahres noch wirken werden, weil etwas höhere Zuwächse bei den Transferbeziehern und bei den persönlichen Einkommen aus Besitz und Unternehmung zu erwarten sind, und weil schließlich einige Arbeitnehmergruppen bereits im Genuß etwas höherer Tarifabschlüsse sind.

Der voraussichtlich mäßige Überschuß an Arbeitskräften, die weitere Reduktion von Überstunden und Kurzarbeit in Teilbereichen der Wirtschaft wird keinerlei positive Lohndrift aufkommen lassen. Hingegen werden die zur Jahreswende freigewordenen Sparguthaben trotz gewisser Vorziehkäufe auch noch im kommenden Jahr einen Teil des Konsums finanzieren. Bei der außerordentlich niedrigen Realeinkommensentwicklung scheint uns zudem die Überlegung von Permanent-Income-Tendenzen bei den Verbrauchern plausibel, was weiter auf die Sparquote drücken würde. In unserer Rechnung ergibt sich daher eine weitere Reduktion der Sparquote um ½ Prozentpunkt und ein reales Wachstum des privaten Konsums von höchstens 2%.

Investitionen und Lagerbildung

Zum Zeitpunkt der Prognose liegen uns keine direkten Informationen über die Investitionsabsichten der Wirtschaft im kommenden Jahr vor. Die allgemeine

wirtschaftliche Situation, der knappe Budgetspielraum und der mögliche Effekt der wirtschaftspolitischen Maßnahmen gibt jedoch wenig Anlaß für eine Ausweitung des Investitionsvolumens. Lediglich die Auftragsentwicklung in der Bauwirtschaft läßt noch eine gewisse Steigerung des Bauvolumens erwarten, die sich im wesentlichen aus einigen Großprojekten (Kraftwerke, Brücken) ergibt. Für die Brutto-Anlage-Investitionen insgesamt schätzen wir, sicherlich nicht zu vorsichtig, eine reale Ausweitung von 1 1/2% voraus.

Die Abschwächung der Konjunktur läßt auch keinen stärkeren Aufbau der Lagerbestände erwarten. Ein leider nicht unwesentlicher Teil der in der quantitativen Prognose angegebenen Lagerveränderung von +10 Mrd. S könnten ungewollte Fertigwarenlager im produzierenden Bereich der Wirtschaft sein.

Import

Sowohl die konjunkturelle Dämpfung der inländischen Nachfrage als auch die gezielte Besteuerung von importintensiven Produkten lassen auf eine Senkung der Importneigung schließen. In welchem Maße diese eintreten wird, ist einer der kritischen Punkte der Prognose. Das Institut hat versucht, durch eine disaggregierte Importschätzung möglichst realistische Anhaltspunkte zu gewinnen.

Wegen des Vorhandenseins nicht unbeträchtlicher Rohstoff- und Vorproduktlager wird eine leichte Abnahme der realen Importe dieser Güter erwartet. Für Energieeinfuhren muß nach dem energiewirtschaftlich besonders günstigen Jahr 1977 wieder mit einer beträchtlichen Ausweitung gerechnet werden. Bei fertigen Investitionsgütern wird die gleiche Importelastizität wie im Durchschnitt 1976 und 1977 angenommen. Das gleiche gilt auch für die fertigen Konsumgüter, doch mußten hier die mutmaßlichen Vorziehkäufe berücksichtigt werden. Bei Personenkraftwagen wird angenommen, daß 1977 rund 275.000 Stück eingeführt werden (1976: 240.000), die Einfuhr 1978 jedoch auf 180.000 Stück zurückgeht. Dieser Annahme liegen die Erfahrungen bei der Einführung der Sonderabgabe auf Personenkraftwagen im Jahre 1968 zugrunde, doch wurden die Vorzieheffekte auf die Nachfrageelastizität von damals aus verschiedenen Gründen abgeschwächt (Auslieferungsschwierigkeiten der Produzenten, die Kaufwelle neuer Personenkraftwagen 1976 und Anfang 1977).

Auf Grund der Konjunkturabschwächung in Österreich dürfte auch das Wachstum der Devisenausgaben im Reiseverkehr abnehmen, wegen der weiterhin bestehenden und durch den neuen Mehrwertsteuersatz noch verstärkten Preisvorteile (zusätzliche

Warenimporte im Wege des Tourismus) jedoch nur geringfügig.

Unter Berücksichtigung der wahrscheinlichen ausländischen Preisentwicklung ergibt sich daraus eine reale Stagnation der Importe i. w. S.

Zahlungsbilanz und Geldpolitik

Die Schätzung der einzelnen Waren- und Dienstleistungsströme führt unter der (unvermeidlichen) Annahme einer 1977 und 1978 gleichen statistischen Differenz zu einem bereinigten Leistungsbilanzsaldo laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung von -29 Mrd. S (Prognose 1977: -33 Mrd. S). Die Prognose einer mäßigen Verbesserung ist im Lichte aller Probleme einer Saldenschätzung zu sehen. Das Passivum würde weiter zurückgehen, wenn sich die ausländische Nachfrage stärker als erwartet beleben würde. In unserer Prognose ergibt sich die Verminderung des Defizites nicht so sehr als Ausdruck einer bereits geänderten Grundstruktur der österreichischen Außenwirtschaft, sondern als Effekt der Konjunkturabschwächung und der Vorziehkäufe. Es kann nicht erwartet werden, daß die strukturellen Probleme bereits im kommenden Jahr spürbar kleiner werden.

Die noch stark passive Leistungsbilanz wirft einige Fragen der Geldbasisversorgung auf. Im langfristigen Kapitalverkehr wurde ein Nettozufluß von 15 Mrd. S angenommen. Diese Schätzung berücksichtigt die monetäre Prognose, wonach die Finanzierung des monetären Wachstums im Jahre 1978 auf Grund des restriktiven Effektes der Leistungsbilanz nur unter ziemlich hoch gegriffenen Annahmen über Umlaufgeschwindigkeit, Notenbankverschuldung und Offenmarkt-Politik möglich erscheint. Für den langfristigen Kapitalverkehr bedeutet dies, daß vor allem der Bund im kommenden Jahr noch mehr Auslandskredite aufnehmen müßte als 1977.

Produktion und Arbeitsmarkt

Aus der Prognose der Inlandsnachfrage und des Außenbeitrages ergibt sich ein *reales Wachstum des Brutto-Nationalproduktes von rund 1 1/2%*. Dieses geringe Wachstum ist kompatibel mit einer eher noch schwächer expandierenden Industrieproduktion. Eine nennenswerte Ausweitung würde nur die reale Wertschöpfung der Bauwirtschaft erfahren. Geringe Zuwachsraten könnten auch für die gewerblichen Produktions- und Dienstleistungsbereiche angenommen werden. Die reale Wertschöpfung der Energiewirtschaft und der Landwirtschaft würden unter der Annahme eines klimatischen Normaljahres stagnieren.

Die neuerliche Abschwächung der inländischen Produktion zwei Jahre nach der schweren Rezession und bei unvermindert kräftigem Arbeitskräfteangebot dürfte 1978 zu einigen negativen Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt führen. Auch wenn man annimmt, daß auf Grund von langfristigen Strukturverschiebungen die Dienstleistungsbereiche (ausgenommen wohl der Fremdenverkehr) im kommenden Jahr nochmals zusätzliche Arbeitskräfte aufnehmen und auch die Bauwirtschaft noch einen mäßigen Bedarf hat, müßte der Rückschlag in der Industrieproduktion zweifellos zu einer Reduktion der Industriebeschäftigung führen. Als Entlastung für den Arbeitsmarkt können konjunkturell gedämpfte Erwerbsquoten und das Versiegen des österreichischen Rückwandererstroms aus dem westlichen Ausland angesehen werden.

Die Prognose nimmt weiters an, daß die Zulassung von Gastarbeitern über den unmittelbaren Effekt der verminderten Nachfrage aus der Industrie hinaus restriktiv gehandhabt wird und daß österreichische Arbeitskräfte einen Teil der Gastarbeiter in Bereichen wie Bauwirtschaft und Fremdenverkehr zu ersetzen bereit sind. Unter diesen Annahmen erscheint es erreichbar, daß im kommenden Jahr trotz schwacher Konjunktur der Beschäftigtenstand in der Gesamtwirtschaft annähernd gehalten werden kann. Eine mäßige Erhöhung der Arbeitslosigkeit auf einen Jahresdurchschnitt von rund 70.000 (Arbeitslosenquote 2½%) erscheint allerdings kaum vermeidbar.

Verbraucherpreise

Konjunktur, Arbeitskostenentwicklung und möglicherweise auch die öffentliche Preis- und Tarifpolitik dürften den Preisauftrieb im kommenden Jahr weiter dämpfen. Bei den industriell-gewerblichen Waren scheint eine Preissteigerung von 2½% bis 3% angesichts fallender Weltmarktpreise, der zu erwartenden Zurückhaltung in der Lohnpolitik und des Konkurrenzdruckes aus dem Ausland erreichbar. Auch bei den öffentlichen Tarifen und den privaten Dienstleistungen (einschließlich Miete) sind geringere Preissprünge als im laufenden Jahr zu erwarten. Überdurchschnittlich könnten die Nahrungsmittelpreise (besonders Fleisch, Zucker, Gemüse) steigen.

Aus diesen Komponenten ergibt sich eine Preissteigerungsrate von rund 4½%. Die Einhebung eines höheren Mehrwertsteuersatzes von 30% auf Waren, deren Gewicht im VPI vermutlich höchstens 5% beträgt, könnte die Inflationsrate allerdings zusätzlich um knapp ½ Prozentpunkt erhöhen. Daraus ergibt sich eine Prognose der Verbraucherpreisentwicklung von etwa 5%.

Einschätzung der Prognoseergebnisse

Konnte Österreich bisher in der Rezession und dem kurzen Wiederaufschwung einen gewissen Wachstumsvorsprung gegenüber der Mehrzahl der westeuropäischen Länder erzielen — auch 1977 dürfte unsere Wirtschaft noch um etwa 1½ Prozentpunkte rascher wachsen als diese —, so zeichnen sich zumindest für das kommende Halbjahr nicht nur ein Übergreifen der internationalen Konjunkturschwäche auf Österreich, sondern sogar geringere Expansionschancen als im Durchschnitt der europäischen OECD-Länder ab. Im Jahre 1978 könnte Österreich den Wachstumsvorsprung des laufenden Jahres wieder verlieren. Dies wäre nicht zuletzt die unvermeidliche Konsequenz von wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die der Wiederherstellung des binnen- und außenwirtschaftlichen Gleichgewichtes dienen sollen.

Die österreichische Volkswirtschaft erzielte in den vergangenen Jahren bei Aufrechterhaltung eines höheren Beschäftigungsniveaus als im Ausland relativ geringe Produktivitätsfortschritte, die von der Realeinkommensentwicklung der privaten Haushalte deutlich übertroffen wurden. Voraussetzung dieser Entwicklung war die Verschuldung der öffentlichen Haushalte und ihre direkte oder indirekte Finanzierung im Ausland. Die nationale Vollbeschäftigungspolitik mußte zunächst in Kauf nehmen, daß dadurch die Leistungsbilanz unter Druck geriet, wobei schwer zu trennen ist, ob es vorwiegend die Preis- oder die Einkommenseffekte dieser Politik oder gewisse Strukturmerkmale unserer Wirtschaft sind, die diese Verschlechterung herbeiführten. Bestünde Aussicht auf eine baldige wesentliche Verbesserung der internationalen Konjunktur, so wären die Risiken einer solchen Entwicklung vergleichsweise gering und die nachfolgenden Korrekturen ließen sich mit Hilfe einkommens- und strukturpolitischer Maßnahmen in der Aufschwungsphase verhältnismäßig schmerzlos durchführen.

Leider hat es gegenwärtig allen Anschein, daß mit einer baldigen und durchgreifenden Belebung der internationalen Konjunktur nicht zu rechnen ist. Damit scheidet eine politische Strategie, die die Wiederherstellung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichtes hinausschiebt und die bedingungslose Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung weiterhin durch die Budget- und Geldpolitik sicherzustellen sucht, als zu riskant aus.

Die vorliegende Konjunkturprognose ist unter der Annahme einer zahlungsbilanzorientierten Wirtschaftspolitik erstellt. Die schon eingeleitete Kursänderung der Kreditpolitik wird voraussichtlich im kommenden Jahr durch fiskalpolitische Maßnahmen

ergänzt werden, die auch durch die Einkommenspolitik der Sozialpartner abgesichert werden dürften. Der Umfang und das konkrete Instrumentarium des in Aussicht gestellten Maßnahmenpakets sind gegenwärtig nicht im einzelnen bekannt. Umrisse konnten den Äußerungen verantwortlicher Politiker entnommen werden.

Die bisher erkennbaren Maßnahmen werden zweifellos schon 1978 direkte Effekte in der gewünschten Richtung auslösen. Sie werden einmal die inländi-

sche Nachfrageexpansion deutlich abbremsen und damit die die Leistungsbilanz auf die Dauer gefährdende nationale Sonderkonjunktur beenden. Sie dürften weiters eine gewisse Verlagerung der Nachfrage zur heimischen Produktion in die Wege leiten. Ob gleichzeitig auch eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit im Export und im Reiseverkehr eintreten wird und in welchem Maße auf mittlere Sicht zielende strukturpolitische Akzente hinzutreten werden, kann gegenwärtig nicht gesagt werden.